

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schallmühle, Dahlebrüet, Rönshöl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Metnerzhagen, Balbert, Döl, Kupferberg, Radesornwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wih. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 84

Anzeigenspreis: für 1 mm Höhe, (34 mm breit) 6 Reichspennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspennig, Reklame 10 Reichspennig. — Offertgebühren 10 Reichspennig und Porto. —

Halver

Donnerstag, den 11. April

Erscheint wöchentlich 6 mal.
Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“, „Des Landmanns Sonntagsblatt“, „Herb u. Scholle“, — „Für unsere Frauen“ und am Abend. —

1929

Die heutige Ausgabe umfaßt 8 Seiten.

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Das Reichskabinett beschloß am Mittwoch, im Amt zu bleiben, und ließ eine Erklärung an die Reichstagsfraktionen ergehen, die den Versuch darstellte, eine Einigung der Parteien herbeizuführen.

* Die Zentrumsfraktion des Reichstages erklärte sich noch am Mittwoch nachmittag bereit, der Regierungserklärung zuzustimmen und in das neu zu bildende Reichskabinett einzutreten.

* Der deutschnationale Parteivorstand hat einem soeben veröffentlichten Entwurf des Parteiführers Abg. Eugen Berg über ein Notprogramm zur Reichsreform zugestimmt.

* Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung ging in der letzten Berichtsperiode um mehr als 400 000 zurück.

Preßigepolitik.

Niemand kann über seinen eigenen Schatten springen und auch die Reichstagsfraktionen bzw. die deutschen Parteien behaupten, dies nicht tun zu können oder — am ohne Bild und Beispiel zu reden — sie erklären, daß sie unbedingt bei einem einmal gefaßten Entschluß bis in alle Ewigkeit verharren müßten, der Gegenseite nicht um einen Finger breit entgegenkommen könnten. Dabei verlangt gerade das deutsche Parteileben ein solches Entgegenkommen, ein solches Nachgeben weit mehr als das Parteileben in irgendeinem anderen Lande. Bei uns wird aber allzuviel „grundtätig“ genommen und dann pflegt eine Verständigung in der Regel ausgeschlossen zu sein.

Das hat sich auch in der vielmonatigen Parlamentskrise in Deutschland immer und immer wiederholt, bis es sich jetzt womöglich noch übersteigerte, — wenn eine solche Übersteigerung überhaupt noch möglich wäre! Alles schien in Ordnung zu sein und man rechnete bereits vor Tagen damit, daß die Große Koalition unter Dach und Fach gebracht wird. Über die Staatsgestaltung hatte man sich nach hartem Bemühen geeinigt und es handelte sich jetzt nur noch darum, die einzelnen Fraktionen so fest an diese Beschlüsse zu binden, daß ein Ab- oder Zur-Seite-Springen ausgeschlossen erscheinen würde. Damit wäre die Große Koalition ins Leben getreten, weil sich das meiste Übrige wohl von selbst durch ein Zusammenarbeiten ergeben hätte.

Da aber schoß die Panzerkreuzerfrage wieder dazwischen. Auf diese selbst kommt es eigentlich, wenn auch praktisch, so doch in einem weiteren Umfang genommen, nicht allzusehr an, als vielmehr auf die Tatsache, daß es sich eine Partei, und zwar die größte Regierungspartei, die außerdem noch den Reichstanzler und die Inhaber der drei wichtigsten Ministerien stellt, vorbehalten will, eine Staatsposition, nämlich die zweite Baurate für den Panzerkreuzerbau, bei der Abstimmung abzulehnen. Die Sozialdemokratie rechnet vielleicht gar nicht damit, daß diese Position des Panzerkreuzerbaues aus dem Etat verschwindet, sondern vielmehr damit, daß die anderen Parteien durch ihre Stimmabgabe die Beibehaltung dieser Position herbeiführen. Deswegen kann doch aber nun nicht die Sozialdemokratie in der dritten Lesung bei der Gesamtabstimmung den ganzen Etat ablehnen! Ebensovornig hatten es viele für möglich, daß die vier sozialdemokratischen Minister, die mit ihren übrigen Kollegen zusammen — der Reichsfinanzminister an der Spitze — einstimmig den Etat gutheießen, nun etwa wieder bei der Abstimmung über die Summe, die für den Panzerkreuzerbau notwendig ist, sich im Reichstag von ihren Ministerien erheben, in den Saal hinunterbegeben und dann als Abgeordnete gegen diese Staatsposition stimmen! Das Zentrum hatte als Ausweg vorgeschlagen, daß sich bei der Abstimmung über diesen Posten die Sozialdemokraten und ihre Minister der Stimme enthalten sollten, aber nicht gegen den Panzerkreuzerbau stimmen dürften. Die Sozialdemokratie hat als Fraktion diesen Ausweg aber abgelehnt; sie fühlt sich eben an ihre früheren Beschlüsse gebunden, Erwägungen politischer Natur wegen der bevorstehenden Wahlen in Sachsen mögen noch hinzugekommen sein. Das sogenannte „Preßige“ bedürfnis liegt also wieder einmal, obwohl gerade beim Marineetat Streichungen vorgenommen sind, die beträchtlich hinausgehen über das, was die zweite Rate des Panzerkreuzerbaues beträgt.

Es wurde eben wieder einmal nicht praktische, sondern „Preßige“ Politik getrieben — und gerade darum hat das Reichskabinett erklärt, diesem Nachjagen nach einem angeblichen Preßige nicht zu folgen, also nicht zurückzutreten, sondern weiter im Amt zu bleiben. Sie also unabhängig zu machen von dem Beschluß der stärksten Regierungspartei. Sonst würde es keine starke, keine geschlossene Regierung mehr geben, so, wie besonders die außenpolitische Lage und die kommenden Entscheidungen hierüber es verlangen, sondern ein Kabinett mit klaffenden Gegensätzen. Die Regierung ist auch deswegen nicht zurückgetreten, weil man ja in den Hauptfragen, nämlich in der Ausbalancierung des Haushalts und den Sparmaßnahmen, völlig einig ist. Mitin müßten eigentlich die paar Millionen der zweiten Baurate für den Panzerkreuzerbau finanziell gesehen so gut wie gar keine Rolle spielen und täten es auch nicht, wenn nicht eben der Streit darum ein rein parteipolitischer, das Verbleiben auf dem bisher eingenommenen Standpunkt nicht eben immer wieder mit dem Preßigebedürfnis begründet würde.

Das Reichskabinett bleibt

Regierungssapell an die Parteien.

Entscheidung bei den Fraktionen.

Die Lage der inneren Politik hatte sich am Dienstag gefährlich zugespitzt. Die neuen Schwierigkeiten ließen eine abermalige Gefährdung des Reichshaushaltes, den man schon für gesichert gehalten hatte, möglich erscheinen. Auch waren die Aussichten auf das Zustandekommen der Großen Koalition stark geschwunden. Mittwoch um die Mittagsstunde versammelte sich das Reichskabinett unter dem Vorsitz des Reichstanzlers, um über seine ferneren Schritte zu beraten. Nach mehrstündiger Verhandlung wurde der Entschluß gefaßt, von einem gemeinsamen Rücktritt, den man von einigen Seiten als bevorstehend angekündigt hatte, abzusehen und mit Rücksicht auf die Reparationsverhandlungen in Paris und die Notwendigkeit, die parlamentarische Verabschiedung des Etats zu erreichen, im Amt zu verbleiben. Sofort nach Schluß der Kabinettsberatung fand eine gemeinsame Aussprache zwischen Regierung und Parteiführern statt. Den Parteiführern wurde eine vom Kabinett beschlossene Erklärung vorgelegt, die einstweilen nicht veröffentlicht wurde, vielmehr an die Reichstagsfraktionen ging, bei denen sie im Laufe des Tages besprochen wurde. Die Erklärung der Reichsregierung machte den Vorschlag, das kürzlich erzielte Resultat der Finanzsachverständigen der Parteien zur Grundlage für die Behandlung des Reichshaushaltes im Reichstage zu machen.

Nach dem Ergebnis der Kabinettsbesprechungen sind in Berlin die Erwartungen wieder gestiegen, daß nunmehr doch noch eine Umbildung der Regierung zustande kommt, wenn auch vielleicht die ganz feste Bindung nicht erzielt wird, mit der man zu Anfang gerechnet hat. Jedenfalls sieht man es als sicher an, daß das Zentrum nunmehr sich nicht länger sträuben wird, erneut in das Kabinett einzutreten. Im Laufe des Mittwochnachmittags traten sämtliche an der Regierungsbildung beteiligten Fraktionen zusammen, um die endgültige Formel, unter der man sich einigen könnte, festzustellen.

Angebot des Kanzlers an das Zentrum.

Man hegt keinen Zweifel mehr daran, daß Reichstanzler Müller der Zentrumsfraktion bereits Mitteilung über seine Zustimmung zum Eintritt dreier vom Zentrum zu benennenden Minister in das Reichskabinett gegeben hat. Als erster Kandidat wurde bezeichnet der Abg. von Guérard, der wiederum das Verkehrsministerium erhalten soll, während für das Justizministerium die Herren Ersing und Stegerwald erwähnt wurden. Ferner soll das Zentrum noch die Verwaltung der besetzten Gebiete übernehmen; eine Persönlichkeit für diesen Ministerposten stand noch nicht fest.

Gelingen diese Kombinationen, so würde beim Wiederzusammentritt des Reichstages in nächster Woche die Regierungsumbildung vollzogen sein und das um-

gestaltete Kabinett würde sich dem Reichstag vorstellen können. Auch wären dann die starken Spannungsmomente verringert, die sich in den letzten Tagen bemerkbar gemacht hatten und alles bisher Erreichte zu zerstören drohten.

Die Ursache zum Konflikt.

Was war geschehen? Die Sozialdemokratie hatte sich Dienstag versammelt, um zur Lage Stellung zu nehmen. Dabei wurde bekannt, daß der Führer der Zentrumspartei, der Abgeordnete Kaas, vor einigen Stunden einen Brief an den Reichstanzler gerichtet hatte, in dem er „schwere Verwundungen“ voraussetzte, falls nicht die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bei der Abstimmung im Reichstage über die zweite Panzerkreuzerrate eine Haltung einnehme, die der Zentrumsauffassung von einer wirklich koalitionsmäßig gebundenen Regierung entspräche. Das verlangte schon das Aussehen des Parlamentarismus. In dem Briefe des Abgeordneten Kaas wurde die Erwartung ausgedrückt, der Reichstanzler und die anderen sozialdemokratischen Minister würden für die Panzerkreuzerforderungen stimmen. Wenn andere sozialdemokratische Abgeordnete das mit ihrer Überzeugung nicht vereinbaren könnten, so würden diese wohl zugeben müssen, daß sie sich der Stimme enthalten resp. der Abstimmung fernbleiben müßten.

Diese Äußerungen des Zentrumsführers wurden in der Fraktionsitzung der Sozialdemokraten als ein Ultimatum aufgefaßt, dem man sich keinesfalls unterwerfen könne. Und so erfolgte die Ablehnung der Panzerkreuzerforderung, wodurch am späten Abend die Gesamtlage ein fast trübseliges Aussehen erhielt. Die neuere Entwicklung im Laufe des Mittwochs ließ, wie gesagt, wieder erhellende Hoffnungen aufsteigen.

Zentrum bereit, in die Regierung einzutreten.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages nahm am Mittwoch den Bericht ihres Vorsitzenden, Abgeordneten Stegerwald, über die Besprechung der Parteiführer mit dem Reichstanzler entgegen. Stegerwald gab den Wortlaut der von der Regierung beschlossenen Erklärung bekannt. Die Zentrumsfraktion beschloß nach kurzer Aussprache, sich auf den Boden der Regierungserklärung zu stellen. Danach ist damit zu rechnen, daß voraussichtlich bereits im Laufe des Donnerstags drei Mitglieder der Zentrumsfraktion in die Reichsregierung eintreten werden.

Die Zentrumsfraktion trat noch am gleichen Abend abermals zusammen, um sich eingehend über die in Frage kommenden Kandidaten zu unterhalten.

Die neuen Zentrumsmuster.

Berlin. Die Zentrumsfraktion des Reichstages beschloß am Mittwochabend einstimmig, dem Reichstanzler als Mitglieder der Reichsregierung vorzuschlagen: den Abg. von Guérard für das Reichsjustizministerium, den Abg. Stegerwald für das Verkehrsministerium und den Abg. Dr. Wirth für das Ministerium für die besetzten Gebiete.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Das preußische Gewerbesteuergezet in Frage gestellt.

Der Preußische Landtag wird in nächster Woche endgültig darüber zu entscheiden haben, ob bei der Verabschiedung des Gewerbesteuergezetes die freien Berufe von der Steuer mit erfasst werden sollen. Dabei ist zu beachten, daß der Staatsrat nicht lediglich gegen die Einbeziehung der freien Berufe in die Gewerbesteuer Einspruch erhoben hat. Nach der preußischen Verfassung konnte der Staatsrat nur gegen das ganze vom Landtag beschlossene Gewerbesteuergezet Einspruch erheben. Es kann deshalb auch die nochmalige Abstimmung über das Gezet nur im ganzen stattfinden. Findet sich für das Gezet keine Zweidrittelmehrheit im Landtag, dann ist das ganze Gezet für den laufenden Sitzungsschnitt abgelehnt.

Der Anschlußplan in Schaumburg-Lippe.

In der letzten Sitzung des Schaumburg-Lippeschen Landtages nahm Staatsrat Lorenz für die Staatsregierung das Wort in der Frage des Anschlusses an Preußen. Er verwahrte sich dagegen, daß der Regierung Absichten unterstellt würden gegen die Interessen des Landes. Der Ernst der finanziellen Lage des Landes werde von der Landesregierung weniger in dem augenblicklichen Stande der Staatsfinanzen erblickt als in dem Verlauf der politischen Entwicklung im Reich, die die allgrößten Gefahren für Länder von der Größe und Wirtschaftskraft Schaumburg-Lippes in sich berge. Es gäbe kein Land von solcher schmalen Finanzbasis wie Schaumburg-Lippe. Nur deshalb müßte auch das letzte Opfer gebracht werden: die Aufgabe der politischen Selbständigkeit.

Gegen die Kürzung des Luftetats.

Der Arbeitsausschuß der Deutschen Luftbanfa A.-G. hat über die Sachlage beraten, die durch die beabsichtigte Streichung am Luftverkehrsstat geschaffen würde. Der Ausschuß war der Ansicht, daß die geplanten Abstriche eine Vernichtung der langjährigen, mit großen Mitteln geleisteten Pionierarbeit bedeuten und eine katastrophale Auswirkung für das im Luftverkehr tätige wertvolle Personal nach sich ziehen würden. Sie würden nicht nur den deutschen Luftverkehr im Inland fast gänzlich lahmlegen, sondern es auch der Deutschen Luftbanfa unmöglich machen, ihre Flugverbindungen nach dem Aus-

lande fortzusetzen. Es wurde ein Unterausschuß eingesetzt und beauftragt, mit den zuständigen Instanzen alsbald Verhandlungen wegen Aufrechterhaltung des deutschen Luftverkehrs aufzunehmen.

Aus In- und Ausland

Berlin. König Boris von Bulgarien hat Mittwoch den Besuch des Reichsaußenministers Dr. Stresemann erwirbt.

Berlin. Dem Reichstage ist ein Gesetzentwurf über den Weltfunkvertrag zugegangen. Die Reichsregierung schlägt vor, den am 25. November in Washington abgeschlossenen Weltfunkvertrag zu ratifizieren.

Berlin. Mittwoch fand die Trauung des österreichischen Gesandten Dr. Frank mit Fräulein Margarete Wit statt. Trauzeugen waren Reichsaußenminister Dr. Stresemann für den Bräutigam und Generaloberst von Seede für die Braut. Unmittelbar nach der Trauung trat der Gesandte mit seiner Gemahlin seine Urlaubsreise an.

Dresden. Vorstand und Vertreterversammlung des sächsischen Landbundes haben beschlossen, eine berufständische Liste des sächsischen Landvolkes zu wählen, im übrigen aber der Einheitsfront der bürgerlichen Parteien durch eine Erklärung beizutreten.

Mailand. Monsignore Pacelli ist vom Papst empfangen worden. In vatikanischen Kreisen ist man der Ansicht, daß es sich bei dem Besuche des Kardinals um die Konfessionsverhandlungen zwischen Deutschland und dem Heiligen Stuhl handelt.

Newyork. Das angeblich versuchte Bombenattentat auf den Gouverneur des Staates Newyork hat sich als Täuschung erwiesen. Die Feststellungen ergaben, daß die an den Gouverneur adressierte Bombe von dem Portier, der sie aufgefunden haben will, an ihren Platz gebracht worden war.

Deutschnationaler Plan zur Reichsreform.

Gegen den Luther-Bund.

Der in Berlin versammelte Parteivorstand der Deutschnationalen Volkspartei hat zur Reichsreform ein Notprogramm des Parteivorstehenden, Dr. Eugen Bergs, angenommen. Der Vorstand machte sich die Vorschläge seines Vorstehenden zur Frage der Reichsreform zu eigen. Er sieht in ihnen eine geeignete Grundlage zu einer entscheidenden Besserung der innenpolitischen Verhältnisse.

In der jetzigen Entwicklung der deutschen Parlaments- und Parteivirtschaft steht der veröffentlichte Plan eine Folge marxistischer Erkrankung des Volksgeistes. Sie werde gefördert durch den Artikel 54 der Reichsverfassung, der die Regierungsgewalt von dem Vertrauens- und Miß-

Am Mittwoch sprach der deutsche Abg. Dr. Deberg für die Begnadigung. Der Redner führte eine Reihe von Fällen an, um zu zeigen, daß Schulz gegen verdächtige Personen nicht mit Gewaltmaßnahmen vorgegangen sei, sondern daß er ihre Auslieferung an die Polizei oder ihre Verlegung veranlaßt habe.

Militärische Sachverständige.

Aus dem dem Ausschuss vorliegenden Akten ergibt sich, daß während der drei militärischen Sachverständigen, General von Seck, Reichswehrminister Gröner und General von Hammerstein sich im Januar dieses Jahres entschieden für den Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens gegen Schulz einsetzten. Das Gericht lehnte aber die Wiederaufnahme in letzter Instanz ab. Herr von Hammerstein schreibt, die schwerwiegenden Indizien gegen Schulz hätten auf irrtümlichen Vorstellungen beruht. General von Seck bezweifelt die Strafbarkeit der Tat, selbst wenn sie begangen sei. Der Reichswehrminister führt beide genannten Gründe für seine Stellungnahme zugunsten des Schulz an.

In seinem Vortrag vor dem Rechtsausschuss des Landtages teilte Ministerialrat Hermann unter anderem auch mit, daß einer der Hauptbeschuldigten in den Mordanschlägen, Fahlbuch, von den amerikanischen Behörden verhaftet wurde und auf dem Wege nach Deutschland ist. Fahlbuch hat sich bisher in Amerika aufgehalten. Wegen eines Diebstahls wurde er verhaftet.

Lokales und aus der Nachbarschaft.

Halver, den 11. April 1929.

Nach § 380 des Wassergesetzes vom 7. April 1913 (G. S. S. 53) in Verbindung mit der Verordnung vom 16. Februar 1924 (G. S. S. 112) erlischt mit Ablauf des Monats April 1929 das nach § 379 ebenda aufrecht erhaltene Recht, einen Wasserlauf in einer der im § 46 des Gesetzes bezeichneten Arten zu benutzen, wenn nicht vorher seine Eintragung in das Wasserbuch beantragt ist. Auf Rechte, die im Grundbuch eingetragen sind, findet diese Vorschrift keine Anwendung. Als solche Benutzungsrechte kommen nach § 46 in Verbindung mit § 40, Absatz 2 a. a. D. in Betracht das Recht:

1. das Wasser zu gebrauchen und zu verbrauchen, namentlich auch es oberirdisch oder unterirdisch, unmittelbar oder mittelbar abzuleiten, also das Wasserentnahmerecht, z. B. zur Speisung maschineller Betriebe, für Wasserleitungen, zu Bewässerungszwecken usw.
 2. Wasser oder andere flüssige Stoffe oberirdisch oder unterirdisch, unmittelbar oder mittelbar einzuleiten, z. B. Niederschlagswasser von Straßen, aus der Kanalisation, aus gewerblichen oder sonstigen Betrieben,
 3. den Wasserpiegel zu senken oder zu heben, namentlich durch Hemmung des Wasserabflusses eine dauernde Ansammlung von Wasser herbeizuführen, kurz gesagt, das Staurecht,
 4. kommunale oder gemeinnützige Badeanstalten anzulegen.
- Gemäß § 380, Absatz 2 a. a. D. wird Vorstehendes hiermit erneut zur öffentlichen Kenntnis gebracht und gleichzeitig auf die gesetzliche Folge der nicht rechtzeitigen Stellung des Eintragsantrages hingewiesen. Eine Verlängerung der Frist kommt nicht in Frage. Die Frist zur Anmeldung der auf Grund des Wassergesetzes in das Wasserbuch einzutragenden Wasserrechte läuft somit am 30. April d. J. endgültig ab, worauf sämtliche Beteiligten, um ihnen etwaige spätere Schädigungen und Unannehmlichkeiten zu ersparen, nochmals besonders hingewiesen werden. Es liegt also im Interesse eines jeden Wassernutzungsberechtigten der vorgedachten Art, sofern die Eintragung eines Rechtes in das Wasserbuch noch nicht beantragt sein sollte, sich dieserhalb sofort mit der zuständigen Ortspolizeibehörde ins Benehmen zu setzen.

Der Stenographenverband Südwestfalen für Einheitskurzschrift hielt am vergangenen Samstag und Sonntag im „Gasthof zur Krone“ in Plettenberg unter Leitung seines 1. Vorsitzenden, Konrektors Kruse (Hagen), seine auch diesmal wieder aus allen Teilen des Verbandsgebietes stark besuchte Jahreshauptversammlung ab. In der Vertreterversammlung wurde der bisherige Vorstand (1. Vorsitzender Konrektor Kruse, Hagen, 2. Vorsitzender Karl Reineck, Siegen, Schriftführer Karl Schrage, Hagen, Kassenvorwart D. Stahl Schmidt, Hagen, Beisitzer Ad. Gerold, Lüdenscheld, Ernst Gerdes, Altena) vollzählig wiedergewählt. Aus dem vom 1. Vorsitzenden erstatteten Jahresbericht sei folgendes hervorgehoben: Der Deutsche Stenographenbund (Sitz Dresden), dem der Verband Südwestfalen angegliedert ist, konnte die Zahl seiner Vereine und Mitglieder in den vier Jahren seit Bestehen der G. N. verdoppeln. Er zählt zur Zeit rund 2000 Vereine mit mehr als 150 000 Mitgliedern und bildet damit die größte stenographische Vereinigung der Welt. Mit dem stetigen, zum Teil sprunghaften Aufstieg der G. N. hält gleichen Schritt der Abstieg der alten Stenographieschulen, der trotz großen Worten nicht mehr zu verschleiern ist. Bezeichnend für die hohe Leistungsfähigkeit der G. N. sind folgende Zahlen: Im Jahre 1928 bestanden die Geschäftstenographenprüfung bei den deutschen Industrie- und Handelskammern mit Erfolg: mit Einheitskurzschrift 907, mit Stolz-Schrey 500, mit Gabelberger 134, mit Nationalstenographie 16, mit Stenotachygraphie 2. An dem vom Deutschen Stenographenbund am 10. März d. J. abgehaltenen allgemeinen Fernwettbewerb beteiligten sich rund 30 000 Personen mit 39 727 Arbeiten (Nichtig- und Schnellschreiben), davon entfielen auf den Verband Südwestfalen über 200 Arbeiten. Am Samstagabend feierte der Plettenberger Verein sein 45jähriges Bestehen. Dabei wurden dem Herrn Fabrikanten Rheinländer für 45jährige und drei weiteren Herren für 25jährige treue Mitgliedschaft Ehrenurkunden überreicht. An dem Verbandswettbewerb beteiligten sich über 100 Personen. Die Höchstleistung von 260 Silben erzielte Erich Himmen, Lüdenscheld, wofür ihm der Walter-Selbe-Wanderpreis, nachdem er ihn zum zweiten Male behauptet hatte, übereignet wurde. Den mit großem Beifall aufgenommenen Festvortrag über „Gabelberger als Wegbereiter der Einheitskurzschrift“ hielt Fabrikant Richard Schulte, Plettenberg. Schwer wurde allen Teilnehmern der Abschied von der gastlichen „Haupt- und Residenzstadt“ Plettenberg.

Halver

& Mit dem heutigen Tage enden die Osterferien der Schulen, und der Unterricht nimmt morgen zur gewohnten Stunde wieder seinen Anfang. Alsdann beginnt auch das neue Schuljahr, und es müssen die Lernanfänger, das sind die Kinder, die bis zum 30. Juni d. J. das sechste Lebensjahr vollenden, und die Kinder, die etwa im vorigen Jahre zurückgestellt sind, der Schule zugeführt werden.

! Theater in Halver im Haus zur Fuhr. „Aus dem Westen nichts Neues!“ Episoden aus diesem berühmten Werk, kommen Samstag, den 13. abends 7.45 Uhr zur Aufführung, wer hat von diesem wunderbaren Denkmal für unseren unbekannten Soldaten noch nichts gehört. Es ist seit Jahren der allergrößte Erfolg, es findet nur dieser eine Abend von „Im Westen nichts Neues“ statt. Da diese Abende überall ausverkauft sind, empfiehlt es sich, recht-

zeitig die Karten zu lösen, dieselben sind im Vorverkauf billiger. — Am Sonntag nachm. 5 Uhr und abends 7.30 Uhr ist die Erstaufführung des entzückenden Lustspiels „Der Sprung in die Ehe.“ Es ist das erfolgreichste Lustspiel der Großstädte. Preise im Vorverkauf 25% Ermäßigung 0,80 — 1,20 — 1,50 RM an der Abendkasse 1,00 — 1,50 — 2,00 RM. Vorverkauf täglich in der Buchhandlung von Wilt. Bell jr., Halver. — Telefonisch bestellte Karten werden reserviert. Die Theaterkasse ist am Samstag, den 13. April ab 4 Uhr und am Sonntag, den 14. April ab 11 Uhr im Haus zur Fuhr (Chaleingang) geöffnet. Auswärtige Besucher, welche nach den Abendvorstellungen keine Bahnverbindung haben, wollen bitte die Sonntagnachmittagvorstellung besuchen.

Schalksmühle

— Im Apollo-Theater läuft ab Samstag der Großfilm der deutschen Turnerschaft. „Das Deutsche Turnfest in Köln vom 20.—28. Juli 1928.“ Ein Wille — Eine Tat — Eine Seele. Unter diesem Panier haben 200 000 Turner und Turnerinnen aus allen Teilen des deutschen Reiches dieses Fest zu einem Ereignis für die deutsche Turnerschaft gestaltet. Dieser Film zeigt uns in abwechslungsreicher Reihenfolge alle Turn- und Sportmomente. Manches Turnerherz wird beim Anblick dieser Bilder höher schlagen. Darum kommt und nehmt Teil an den großen Geschehnissen. Dem Programm entsprechend läuft dazu der große Sensationsfilm „Der brennende Wald.“ Außerdem ist für den lustigen Teil Sorge getragen. (Siehe morgige Anzeige.)

Kierspe

— Der stellvertretende Gemeindevorsteher hat die Mitglieder der Gemeindevertretung Kierspe zu einer Besichtigung des Weges Bornberg und der Wasserleitung Bornberg mit anschließender Sitzung im Gasthof Reininghaus zu Grünenbaum am Dienstag, den 16. d. M. geladen. Treffpunkt ist 3 1/2 Uhr nachm. in Grünenbaum. Die Tagesordnung der Sitzung sieht 1. Wegeachen und Schulwasserleitung Bornberg, 2. Beihilfenanträge für Jugendpflege-Veranstaltungen, 3. Wohnungssachen, 4. Beihilfenanträge der Feuerwehren, 5. Wahl von Schulvorstandsmitgliedern für die Gesamt-Schulverbände, 6. Unterstützungsachen, 8. Verschiedenes, vor.

— r Goldene Hochzeit. Am Freitag, den 12. d. M. blieben die Eheleute Carl Friedrich Reppel und Frau Luise geb. Cordt zu Trimpent auf das 50jährige Bestehen ihrer Ehe zurück und können bei guter Rüstigkeit im Kreise der 9 Kinder, 15 Enkel und 1 Urenkel das Fest der Goldenen Hochzeit feiern. Es ist dies bereits die vierte Goldene Hochzeit die in der Familie Reppel gefeiert werden kann. Als Stammvater der hiesigen Reppelfamilien wird der Großvater unseres Jubelbräutigams angesehen der im Jahre 1795 ein Fuhrgeschäft betrieb und auf seinen Reisen — er expedierte Kolonialwaren von Leipzig und Frankfurt — hier in Kierspe seine Ehefrau Margarete Bachhaus kennen lernte und sich in Höferhof ansiedelte. Er stammte aus dem Wittgenstein. Dessen einziger Nachkomme der Landwirt Peter Friedrich Reppel zu Voringhausen ist, der Vater unseres Jubelpaares, und war es diesem vergönnt, außer der goldenen auch noch die diamantene und eiserne Hochzeit zu feiern. Am Tage der Diamantenen Hochzeit versammelte sich die gesamte Reppel-Familie mit 72 direkten Nachkommen und ihren angeheirateten Ehegatten; sodas weit über hundert Familienmitglieder anwesend waren und dem Diamantenen Ehepaar ihre Glückwünsche darbrachten. Als viertes Kind dieses hochbetagten Ehepaares kann nun unser Jubelbräutigam mit seiner Jubelbraut die vierte Goldene Hochzeit der Familie feiern. Ein Zeichen der uralten Kraft dieses weitverzweigten Stammes, welcher am Tage der jetzigen Feier noch 101 lebende direkte Abkommen des Stammvaters Johann Reppel zählt. Auch die Jubelbraut entstammt einer alten hochbetagten Familie, Cordt von der Lehe, sodas das Jubelpaar einen sonnigen und noch recht langen Lebensabend erhoffen kann. Dem ehrwürdigen Paar wünschen wir zu ihrem Feste unsern herzlichsten Glückwunsch und dem Stamm Reppel ein weiteres Wachsen Blüten und Geblühen.

— r In letzter Zeit ist es üblich geworden, daß die Fuhrleute ihre Wagen auf der Bahnhofstraße kurz vor dem Hause des Kaufmann August Schreiber stehen lassen. Bei dem zunehmenden Kraftfahrverkehr von und zum Bahnhof bietet das Halten oder Stehenlassen von Fahrzeugen an dieser Stelle ein Verkehrshindernis. Um Unfälle zu verhüten, wird hierauf hingewiesen. Es darf wohl erwartet werden, daß die Fuhrleute dies beachten, und daß ein Anrufen der Straßenpolizei nicht nötig wird. Gestern stand dort längere Zeit ein Wagen, sodas der Omnibus von Markt-Sauerland sich genötigt sah, über den Bürgersteig zu fahren um infolge der Fahrlässigkeit des abwesenden Fuhrmanns überhaupt vorbei zu kommen.

Kierspe-Bhf.

— b Vor einiger Zeit trieb ein Unhold in der hiesigen Gegend dadurch sein Unwesen, daß er des Oesteren Frauen und junge Mädchen auf öffentlichen Wegen anhielt und belästigte. Sein Hauptarbeitsfeld hatte er auf die einsamen Wege nach Höhlen, Höferhof, Bordinghausen usw. verlegt. Den langen Bemühungen der hiesigen Polizei ist es nunmehr gelungen den Täter ausfindig zu machen und ihn dem Amt Kierspe zuzuführen.

— b Der Sohn des Schuhmachermeisters W. spielte mit einigen anderen Kindern auf einer Straße des Ortes. Als das Kind etwas schnell lief, kam es zu Fall und fiel mit dem Gesicht in eine größere auf dem Wege liegende Glasscherbe. Dabei zog sich der Knabe eine drei Zentimeter breite Schnittwunde an der Wacke zu, die von einem Arzt vernäht werden mußte.

Breckerfeld, 11. April. Die Schützen-Gesellschaft Breckerfeld hielt kürzlich eine Versammlung ab, in der beschlossen wurde, in diesem Jahre wieder das große Schützen- und Volksfest in althergebrachter Weise am Neuenhaus zu feiern. Als Termin wurde der 23. und 24. Juni festgelegt.

Lüdenscheld, 11. April. Lüdenschelds ältester Sänger f. Der Lüdenschelder Männergesangsverein verliert in dem soeben verstorbenen Mitglied Hermann Wüst einen Sänger von seltener Treue und Pünktlichkeit. Der Verstorbene war 59 Jahre aktives Mitglied und fehlte auch in den letzten Jahren in keiner Chorstunde.

Herscheid, 10. April. Erfolge eines Arztes. Dem durch seine Erfolge in der operativen Behandlung des grauen Altersstars und durch seine zahlreichen Schriften im In- und Ausland bekannten Augenarztes Sanitätsrat Dr. Kuschel in Lüdenscheld ist jetzt auch die Heilung eines Falles von Schiatar an beiden Augen bei-

einem 16jährigen Mädchen (Zma Schmidt aus Herscheid) geglückt, das im ersten Lebensjahr an Krämpfen litt. Besserung der Sehschärfe von 5/60 auf 5/8. Vorderer Trübsung soweit aufgehellt, daß die hinteren erkannt werden können. Der Fall ist so bedeutend, daß er dem diesjährigen Vortragskongress in Holland vorgeführt werden soll.

Nahme, 10. April. Angefahren. In den Mittagstunden ereignete sich ein bedauerlicher Unglücksfall oberhalb der Station Roell. Der Packer H., von Lüdenscheld kommend, wurde von einem Auto angefahren, welches er nicht gehört hatte, da gleichzeitig die Kleinbahn vorbeifuhr. H. kam durch den Anprall so unglücklich zu Fall, daß er sich einen Beinbruch oberhalb des Knöchels zuzog, weshalb er sich ins Krankenhaus nach Lüdenscheld begeben mußte.

Er wollte den Sohn mit in den Tod nehmen.

Furchtbare Familientragödie.

In Nürnberg hat sich eine furchtbare Familientragödie abgespielt. Ein 67jähriger Oberstudienrat, der vor einigen Jahren pensioniert worden war, gab auf seinen 34jährigen schwachsinigen Sohn einen Schuß ab und versuchte sich dann selbst durch einen Schuß in die Schläfe zu töten. Der Oberstudienrat litt an völliger Nervenzerrüttung. Er war in dem Glauben, daß er nicht mehr lange leben würde und faßte deshalb den Plan, seinen schwachsinigen Sohn mit in den Tod zu nehmen, um seine Frau von dieser Last zu befreien. Der Sohn erhielt nur einen leichten Streifschuß, während der Vater in lebensgefährlichem Zustand im Krankenhaus liegt.

Ein Feuerwehrmann als Brandstifter.

Um sich in Uniform zeigen zu können.

Der Ort Eröv an der Mosel wurde in letzter Zeit außergewöhnlich oft von Schandensuren heimgesucht, so daß sich der Bevölkerung eine begriffliche Erregung bemächtigte. Eigenartigerweise ereigneten sich die Brände meist in Abständen von vier Wochen und immer zur Zeit des Vollmondes. Sieben Anwesen sind schon dem Feuer zum Opfer gefallen, wodurch ein ganz ungeheurer Schaden entstanden ist. Einem von der Landeskriminalstelle in Köln entsandten Beamten gelang es nun, den Brandstifter in der Person eines Feuerwehrmannes des Ortes zu ermitteln und festzunehmen. Wie der Verhaftete bei seiner Vernehmung mitteilte, hat er die Tat aus purer Eitelkeit, um sich in seiner Feuerwehruniform zeigen zu können, verübt. Bisher hat der Täter vier vorläufige Brandstiftungen zugegeben, drei Fälle bestreitet er noch.

Wild gewordene Autobusse.

Zahlreiche Verletzte.

Bei Heinsberg fuhr in Unterbruch ein vollbesetzter Autobus, der nach den Glanzstoffwerken Oberbruch unterwegs war, aus noch unbekannter Ursache gegen einen Baum. Etwa 20 Personen wurden zum Teil schwer verletzt. Die Schwerverletzten haben im Krankenhaus Aufnahme gefunden. Das Vorderende des Fahrzeugs ist völlig zertrümmert worden. — In Essen-Grillendorf überfuhr der Autobus der Essener Straßenbahn das Straßengeländer und stürzte eine acht Meter hohe Böschung hinab. Neun Personen wurden verletzt, darunter vier schwer. — Bei Petrikau stürzte ein Autobus infolge Achsenbruchs in einen Graben. Sechs Insassen trugen schwere Verletzungen davon. Das Fahrzeug wurde zertrümmert.

Zwölf Verletzte bei einem Straßenbahnzusammenstoß.

In Stuttgart stießen infolge falscher Weichenstellung zwei Straßenbahnwagen zusammen. Der Fahrer des einen Wagens wurde schwer verletzt und mußte in das Krankenhaus geschafft werden. Von den Fahrgästen wurden insgesamt elf durch Glassplitter verletzt.

Autobusunglück in London.

Durch das Umstürzen eines zweistöckigen Autobusses sind in London zwischen 30 und 40 Personen verletzt worden.

Schlusdienn.

Vermischte Nachrichten vom 10. April.

Verhafteter Betrüger.

Berlin. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft Köln wurde in Berlin ein gewisser Karl Hartung wegen verschiedener Verbrechen verhaftet. Er war bereits im März vorigen Jahres einmal in Haft genommen worden, jedoch wurde das Verbrechen gegen ihn eingeleitete Verfahren wieder aufgehoben. Er will bis vor kurzem Sekretär der Gemahlin des ehemaligen Kaisers in Doorn gewesen sein. Die Gemahlin des ehemaligen Kaisers sei mit seinen Diensten sehr zufrieden gewesen und habe ihn des öfteren mit Geheimaufträgen betraut. Die Generalverwaltung des ehemaligen preussischen Königshauses teilt dazu mit, daß es sich bei dem Verhafteten um einen moralisch verkommenen Menschen handle, der niemals in irgendeinem Dienstverhältnis zum Hause Doorn gestanden habe.

Zwischenfall im Weidenflether Prozeß.

Zehoe. Kurz vor Beendigung der Verhandlung des zweiten Prozeßtages im Weidenflether Bauernprozeß kam es zu einem Zwischenfall. Der Angeklagte Schade aus Kaithen erklärte bei seiner Vernehmung plötzlich mit lauter Stimme: „Nicht wir, sondern der Staat gehört auf die Anklagebank!“ Bei diesem Ausruf wurden lebhaft Bravorufe von Seiten der Angeklagten sowohl wie der Zuhörer laut. Der Vorsitzende brohte, bei Wiederholung von Zwischenrufen den Zuschauerraum räumen zu lassen. Die Verhandlungen wurden alsdann auf Donnerstag vertagt.

Großfeuer in einer Mühle.

Böben (Sa.). Durch Großfeuer wurde das Betriebsgebäude der Zimmermühle in Ebersdorf zerstört. Das Feuer war durch Selbstentzündung entstanden und schlug durch den Erbauungsfehler sofort durch sämtliche vier Stockwerke. Das große Gebäude brannte vollständig aus. 1000 Zentner Getreide und sämtliche Maschinen wurden vernichtet. Dem raschen Eingreifen der Feuerwehr mit mehreren Motorspritzen gelang es, das angebaute alte und das neue Wohnhaus zu retten, deren Giebel und Dächer bereits mit in Brand geraten waren.

Großer Waldbrand in Südschwarzwald.

Borbeug. In den Wäldungen bei Morceux im Departement Landes brach ein Brand aus, der schnell um sich griff und die in der Nähe gelegenen Ortschaften bedrohte. 1500 Hektar Wald wurden vernichtet. Militär ist an den Löscharbeiten beteiligt.

General Dawes Vorkämpfer in London.

Washington. Die Ernennung des Generals Dawes zum Vorkämpfer in London wird offiziell angekündigt.

Schriftleitung: Wilt. Bell jr., Halver i. Westf.

Bekanntmachung.

Die Feuerlöschbezirke im Amte Kierspe umfassen folgende Orte:

Feuerlöschbezirk I. Freiw. Feuerwehr Kierspe.
Auf dem Busch, Kierspe, Trimpemühl, Blankenberg, Ober-Bremecke, vor der Brücke, Borlinghausen, Eickmannsholt, Ebenstück, Felderhof, Hohenholten, auf der Mark, Mühlen, Werfelscheid, Wolzenburg, Waldheim, Vintenberg, Burg, Düren, Dürenerhaus, Neuenhagen, Paderberg, Höferhof, Kiersperhagen, Woeffe, Wienenhagen, Bruch, Büchen, Bremecke, Eicken, Eickernmühle, Eltinghausen, Hsenburg, Elbringhausen, Limpurg, Quabecke, Thal.

Feuerlöschbezirk II. Freiw. Feuerwehr Vollme.
Brake, Belkenscheld, Bungenrodt, Grünbaum, Herlinghausen, Jubbach, Linden, Dhl, Sankel, Stepen, Sprotte, Schleipe, Vollme, Vorth, Vornberg, Hüttebruch, Beckinghausen, Bollwerk, in der Grüne, Haus Rhade, Hamecke, Rhadermühle, Lege, Seffinghausen.

Feuerlöschbezirk III. Freiw. Feuerwehr Neuenhaus.

In der Mark, Blechen, Hölterhäuschen, Holt, Vöh, vor der Mark, Neuenhaus, Romberg, M. Schmidthausen, A. Schmidthausen, Stepen, Sundern, Berkerhölle, Berken, Berkenbaum, Dierlöh, Feld, Halzenbach, Hemecke, Lammecke, Lohfeld, Vornhold, Loh, Oberschmidthausen, Wegerhof, Hohl, Schneehohl, Brünninghaus, Mark, Hagebüchen, Hagebüchenerhöf, Mark, Wilhelmshöh.

Feuerlöschbezirk IV. Freiw. Feuerwehr Kierspe-Bahnhof.

Bergerleischkotten, Hinterste Berg, Vorderste Berg, Buscheide, Vorn Busch, Erlen, Hüllloch, Neuenhof, Neuebrücke, Kierspe-Bahnhof, Bindfuhr, Wildenkuhlen, Schnörrerbach, in der Mark.

Feuerlöschbezirk V. Freiw. Feuerwehr Wilbringhausen.

Wilbringhausen Westf., Oberhof, Eickhof, Höhlen, Friedrichthal, Bielenhöhlen, Lingese, Hödinghausen, Wasserfuhr, Stöcken, Wilbringhausen Rh., Straße, Graben, Zimmerberg, Lienkamp, Börlinghausen, Holzzipper.

Feuerlöschbezirk VI. Freiw. Feuerwehr Bürenhausen.
Gemeinden Rönshahl, Barmert, Hausstädte, Vorn, Benninghausen.

Kierspe, den 8. April 1929.

Der Bürgermeister.

Quartett-Verein „Frohsinn“ Halver

Mitglied des westfälischen und deutschen Sängerbundes.
Chorleiter: Herr B. Lockemann, Hahnenberg Rhld.

Am Sonntag, den 14. April cr., nachm. 4 1/2 Uhr auf der Carlshöhe

Großes

Vokal-Konzert

Mitwirkende: Kammermusiker Otto Hedler, Cello-Solist Duisburg, Hedwig Hedler-Kritzler, Sopran Düsseldorf, Grete Kritzler, Flügel, Hilden.

Abends 8 Uhr: **BALL.**

Unsere verehrten pass. Mitglieder, sowie Freunde und Gönner des Vereins sind herzli. Willkommen.

Karten im Vorverkauf sind zu haben bei den Herren Friseur Hedderich u. Schulte, im Vereinslokal Geschw. Fasbender und bei den akt. Mitgliedern.

Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein der Vorstand.

Zu dem am Sonntag, den 14. April 1929 abends 6 Uhr im Saale der Ww. E. Schulte, Ennepe stattfindenden

Frühlingsfest

mit Konzert und Theateraufführungen nachher **BALL**

ladet freundlichst ein:

Theaterverein „Frohe Laune“
Eich b. Radevormwald.

Holzverkauf!

Am Samstag, den 13. April sollen in dem Kirchenwald Markshagen eine Partie Fichten, geeignet zu Pfählen, Heuböcke und Bohnenstangen in kleineren Nummern öffentlich, meistbietend verkauft werden.

Zusammenkunft der Käufer um 16 Uhr oberhalb Quabecke am Eingang des Waldes.

Kierspe, den 10. April 1929.

Der Kirchmeister Dornseif.

1 Schreibtisch 130x72

2 fzig, 2 Bettstellen

mit verstellbarem Reil-

kissen und Matrage

zu verkaufen.

Frau Carl Schröder,

Rummenohl 22.

Habe Samstag prima

Oldenb.

Schweine

Wilh. Clever

Kierspe

Auf dem Busch, Tel. 107.

Moderne

Tapeten

in jeder Preislage.

Sämtliche

Farben

trocken und streichfertig

Weißlack,

Möbellack,

Fußbodenlack,

Glasurellack,

Sikkativ und Terpentin

empfehl:

Tapetenhaus

Walter Barking

Halver.

Grete im neuen Mantel, Käthe im neuen Kleid!

Auch Sie sollten Ihre Winterkleider in den Schrank hängen und sich schöne Frühjahrs-Mäntel und Kleider bei Tietz holen. In neuen Kleidern wächst die Lebensfreude und der Lebensmut. Schöne Kleider bringen Glück und Erfolg im Leben. Kommen Sie in unsere Spezial-Abteilung. Sie dürfen sich alles ohne jede Kaufverpflichtung ansehen und anprobieren.



Frühjahrmantel, modern
Fantasiestoff, flatter Schnitt, auf uni Kunst-Seide ganz gefüllt, aparte Biesen-garnierung und Herren-Revers

25⁵⁰

Frühjahrs-Kleid
aus Woll-Georgette mit tief eingesetztem Faltenrock, neuartig plissiertem Georgettekragen und Manschetten, lebhafte Bandschleife

39⁰⁰

Frühjahrs-Mantel
eleganter englisch gemusterter Stoff, ganz gefüllt, seitlich und im Rücken eingesetzte Blenden, Herren-Revers

49⁰⁰

Frühjahrs-Mantel
besonders jugendliche Form, englisch gemusterter Stoff, mit aparte Stulpen und Taschen, Sattelfutter, Kellernah im Rücken

29⁷⁵

Sport-Mantel
aus gutem Herrenstoff mit Seldensattel, besonders gute Ausarbeitung, Brusttasche, breite Blende im Rücken

39⁰⁰

Veloutinekleid mit weiß. Seiden-Schalragen u. Manschetten, Rock im Vorderteil mit eleganter Falten-Anordnung. Aufgesetzte Blenden mit Perlmutt-Knöpfen garniert

29⁰⁰

Zuerst zu TIETZ

Lüdenscheld.



Wir empfehlen

Fleisch- u. Wurstwaren

ff. Holst. Plockwurst
Zervelatwurst
Salami
Bierwurst
Presskopf
Fleischwurst
Sülzwurst
Jagdwurst
Zungenwurst
Leberwurst
Rotwurst
Mettwurst
gekockten Schinken
Nußschinken
Aufschnitt
Delikateswürstchen
ger. fetten Speck
ger. mag. Bauchspeck
Schweineschmalz
in 1 Pfund Paketen.

in prima Qualität und zu niedrigsten Preisen

Konsumverein Halver.

Achtung! Achtung!

Eröffne am Freitag, den 12. ds. Mts. die von Herrn

Heinrich Rachel, jun. übernommene

Metzgerei

In Kierspe-Bahnhof.

Mein Bestreben ist, bei prompter Bedienung nur Qualitätsware zu führen.

Bestellungen werden auch telefonisch entgegen genommen.

Mit bester Empfehlung:

Hugo Poth, Fleischer,
Telefon Nr. 215.

Fahrräder Nähmaschinen

von den einfachsten bis zu den elegantesten Ausführungen stets vorrätig.

Fahrrad- und Nähmaschinen-Ersatzteile.

Mäntel von 3,50 M. Schläuche von 1,50 an.

Rückstrahler den neuen Vorschriften entsprechend.

Reparaturen werden gut und billig ausgeführt.

Carl Schulte, Halver.

Südstraße 3.



Große Auswahl! Gute Qualität! Orthopädisches, Lager, Gamaschen, Rabatt, Teilzahl, Nachm. Bedienung, Werkstatt mit elektr. Betrieb

Elektrotechnische Fabrik in Schalksmühle sucht

tüchtigen

Werkzeug-schlosser

möglichst aus Schalksmühle oder näherer Umgebung.

Angebote unter B 100 an die Geschäftsstelle des Schalksmühler Gen. Anz. Halver.

Wir suchen

3 fräftige, junge Burschen

als

Metallbrückerlehrling

Baderlehrling

Galvanisierlehrling

zum sofortigen Eintritt.

Metallwarenfabrik

P. W. Haurand

G. m. b. H., Halver.

5-6 Erdarbeiter

sofort gesucht.

Peter Bauer,

Schalksmühle, Telefon 221.

Nur 35 Mk.

kostet eine neue Schreibmaschine, Qualitätsmaschinen 198 Mk. u. höher auf Teilzahlung.

Uhrmacher Bräuer

Bollwerk b. Oberbrügge

Was der Tag bringt.

Werbung für die Fremdenlegion im besetzten Gebiet.

Obgleich auf Vorstellung der Reichsregierung im Jahre 1927 die französische Regierung die Zusage gab, ihren Behörden und militärischen Stellen im besetzten Gebiet die Werbung für die Fremdenlegion zu verbieten, zeigt eine Zusammenstellung von deutscher Seite, daß dieses Versprechen nur sehr geringe Bedeutung hatte. In der Pfalz wurden 1927 454 Personen, die angeworben werden sollten, angehalten. Festgestellt wurde, daß in 216 Fällen französische Stellen bei den Anwerbungen mitgewirkt haben. 81mal ist diese Mitwirkung nach dem 1. August 1927 (also nach dem Verbot) erwiesen. Auch im Jahre 1928 hat sich nicht viel geändert, denn an der französisch-pfälzischen Grenze wurden 329 Deutsche angehalten. Nach deutschen Beobachtungen haben von diesen Deutschen viele vorher bei französischen Stellen vorgeschrieben, vor allem in Mainz, Worms und Trier. Die stärkste Werbetätigkeit wird in Mainz entwickelt. Auch deutsche Helfershelfer beteiligten sich. So wurden im Jahre 1928 in der Pfalz fünf deutsche Werber gefaßt und zu insgesamt 70 Monaten Gefängnis verurteilt.

Wiener Jubiläumsfeier für Theodor Billroth.

Aus Wien wird berichtet: Die von der Akademie der Wissenschaften, der medizinischen Fakultät der Universität, der Gesellschaft der Musikfreunde und der Gesellschaft der Ärzte aus Anlaß des auf den 26. April fallenden hundertsten Geburtstages des Chirurgen Theodor Billroth im Jeronimienaal der Hofburg veranstaltete Festversammlung gestaltete sich zu einer einmütigen Huldigung für den großen Arzt. Mit dem Bundespräsidenten Miklas, Vertretern der Regierung, dem deutschen Gesandten Grafen Lerchenfeld und Mitgliedern des Diplomatischen Korps war alles erschienen, was Rang und Namen auf dem Gebiete der Wissenschaft hat. Auch zahlreiche ausländische Gelehrte hatten sich eingefunden, besonders aus Deutschland. Professor Eißelsberg hielt die Festrede, in der er eine Schilderung des Werdeganges und der Persönlichkeit Billroths gab, die unvergänglich fortleben werde, so lange es eine geistige Geschichte der Menschheit gäbe. Professor Eißelsberg sprach von der Verehrung der Nachwelt für den großen Meister, die den Beweis liefere, daß Billroth im Andenken der medizinischen Welt fortlebe. Sodann schilderte er Billroth als Forscher, Gelehrten, Lehrer und Arzt und schloß mit den Worten: „Billroth war unter Millionen von Menschen einer, der unwiederbringlich ist. Sein Wert gewann ihm die Unsterblichkeit. Wir beugen uns dankbar vor seiner Größe.“

„Fürsorglicher“ Einspruch.

Ein Rechtsmittel des Steuerpflichtigen.

Der Steuerpflichtige ist vielfach genötigt, „fürsorglich“ Einspruch oder das sonst gegebene Rechtsmittel einzulegen, da die Rechtslage für ihn noch nicht geklärt genug ist. Möglich ist es, daß eine an das Finanzamt gerichtete Anfrage bis zum Ablauf der einmonatigen Rechtsmittelfrist nicht beantwortet wurde oder auch die Zeit nicht ausgereicht hat, um eine ordnungsmäßige Prüfung vorzunehmen. Schließlich können Vergleichsverhandlungen mit dem Finanzamt scheitern.

Eine derartige „fürsorgliche“ Rechtsmittelleinlegung ist, wie der Reichsfinanzhof in einem Urteil vom 12. Oktober 1928 (II A 454/28 v. Nr.) ausgesprochen hat, voll rechtsgültig. Es handelt sich nicht etwa um die bedingte Einlegung eines Rechtsmittels, die unzulässig ist und als nicht geschehen gilt. Vielmehr ist seitens des Steuerpflichtigen die Absicht kundgegeben, die Rechtsmittelfrist nicht durch die Fortsetzung der Vergleichsverhandlungen oder dergleichen verstreichen zu lassen, sondern zur Wahrung der Frist in jedem Falle das Rechtsmittel einzulegen.

Der Zusatz „fürsorglich“ bedeutet den — an sich überflüssigen — Vorbehalt, das Rechtsmittel zurückzunehmen, wenn der Vergleich zustande gekommen ist oder sich sonst die Rechtslage geklärt hat. In dem entschiedenen Falle hatte der Steuerpflichtige folgende Erklärung abgegeben: „Mit Rücksicht auf den nahen Ablauf des Berufungstermins erhebe ich fürsorglich schon jetzt für den Fall der Ablehnung des Vergleichsvorschlags Berufung an das Finanzgericht beim Landesfinanzamt.“

Wird das Rechtsmittel später zurückgenommen, so können nach den geltenden Bestimmungen die Gebühren in geeigneten Fällen bis auf die Hälfte ermäßigt, auch Kostenfreiheit gewährt werden, wenn „die Einlegung des Rechtsmittels auf entschuldbarer Unkenntnis der Verhältnisse oder auf Unwissenheit beruht“. In der Praxis wird von der Erhebung der Kosten regelmäßig jedenfalls dann abgesehen, wenn die Sache dem zuständigen Steueraussschuß usw. noch nicht vorgelegt war.

Um die Arbeitszeit der Angestellten.

Das auf der ersten Jahrestagung der Internationalen Arbeitskonferenz vom 29. Oktober bis 29. November 1919 in Washington getroffene Arbeitszeitübereinkommen, dessen Ratifikation durch die wichtigsten Industrieländer bis heute noch nicht erfolgt ist, schloß die Angestellten des Handels aus. Den jahrelangen Bemühungen der deutschen Angestelltenorganisationen, besonders des Internationalen Bundes neutraler Angestelltenorganisationen ist es gelungen, daß die im Juni 1927 stattgefundene Internationale Arbeitskonferenz eine Entschließung annahm, die den Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes zur Prüfung der Frage beauftragte, ob eine der kommenden Arbeitskonferenzen die internationale Regelung der Arbeitszeit der Handelsangestellten behandeln solle. In den letzten zwei Jahren hat das Arbeitsamt nunmehr Untersuchungen über die gesetzliche und tarifvertragliche Regelung der Arbeitszeit der Angestellten in den einzelnen Ländern durchführen lassen, so daß, wie der „Gewerkschaftliche Pressedienst“ meldet, der 12. Internationale Arbeitskonferenz im Mai d. J., auf deren Tagesordnung die strittige Frage durch den Verwaltungsrat gesetzt worden ist, ein umfassender Bericht vorgelegt werden kann. Die Angestelltenorganisationen hoffen, daß die Konferenz im Mai Beschlüsse fassen wird, die es ermöglichen, recht schnell die einzelnen Regierungen zur Ausdehnung des Washingtoner Abkommens auf die Handelsangestellten zu veranlassen.

Das neue Milchgesetz.

In dem nicht weniger als 50 Paragraphen umfassenden Gesetzentwurf „über den Verkehr mit Milch, Milchzubereitungen und Milchzeugnissen“ versucht die Reichsregierung, für die schier zahllosen und außerordentlich verschiedenartigen bisherigen Bestimmungen, Verordnungen,

gen, Verfügungen aller Art auf diesem Gebiet so etwas wie „Richtlinien“ zu geben. Deswegen kann man schon sagen, daß die ersten 23 Paragraphen des Entwurfs im wesentlichen kaum etwas Neues bringen, daß hier vielleicht durch allzu tiefes Eingehen in Einzelheiten bisweilen des Guten zuviel geschieht. Bedenklicher aber muten die im Gesetzentwurf festgelegten, sehr umfangreichen Aufsicht- und damit Eingriffsrechte der Behörden an und diese Bedenken werden dadurch noch vergrößert, daß man die Mitwirkung der landwirtschaftlichen Selbstverwaltungsorgane doch gerade bei dem Erlass wichtiger Entscheidungen und genereller Bestimmungen allzuoft vermissen muß. So etwa bei der Festlegung der Mindestforderungen, die in den einzelnen Wirtschaftsgebieten an die Zusammenfassung der Milch, besonders an den Gehalt an Fett und Trockenmasse gestellt werden sollen. Oder bei der Entscheidung darüber, ob und wo der „Bearbeitungszwang“ der Milch (Pasteurisierung) eingeführt werden muß. Sehr weitgehend sind auch die Bestimmungen über den Konzeptionszwang für den Verkauf von Milch und Milchprodukten, so daß z. B. der Landwirt selbst, der Milch nicht bloß an Personen seines eigenen Betriebes abgibt, doch wenigstens einer „Anzeigepflicht“ unterliegt. Bedeutsamer ist aber der zweite Teil des Entwurfs, der nun eine Reihe von „Vorschriften für Markenmilch“ bringt und damit für die bisherigen Einrichtungen einer „Milchstandardisierung“ eine gesetzliche Regelung, also auch eine staatliche Garantie hinsichtlich der betreffenden Erzeugnisse zu geben unternimmt. Bekanntlich ist — angestoßen durch Dänemark — zuerst in Schleswig-Holstein, und zwar durch die Selbstverwaltungskörper der Landwirtschaft, diese Einrichtung der „Markenmilch“, dann der „Markenbutter“ usw. geschaffen und allmählich auch in anderen deutschen Wirtschaftsgebieten nachgeahmt worden — leider vorerst mit nur langsam zunehmendem Erfolg insofern, als der Konsumt darüber immer noch viel zu wenig unterrichtet ist, während z. B. die dänische „staatlich garantierte“ Butter ihren Riesenabsatz in Deutschland gerade ihrer allgemein bekanntgewordenen Eigenschaft als „Markenbutter“ zu verdanken hat. Leider weiß bisher ein viel zu kleiner Konsumtenkreis bei uns, daß es vielerorts auch in Deutschland derartiges und gleichwertiges gibt.

Das soll nun ausgedehnt werden so weit wie nur irgend möglich unter Garantie staatlicher „Überwachungsstellen“, die zusammen mit den landwirtschaftlichen Berufsvertretungen die Voraussetzungen für die Gewinnung, Verschaffenheit und Behandlung der „Markenmilch“, „Markenbutter“ usw. festlegt und ihre Durchführung überwacht. Man denkt an eine Ausdehnung dieser Bestimmungen auf alle Milchprodukte und hierfür soll ein besonderer Sachverständigenbeirat zwecks Ausarbeitung der Einzelheiten der Regierung, also dem Ernährungsministerium, zur Seite treten. Verbandszeichen („Marken“), die in eine besondere „Zeichenrolle“ eingetragen werden, Schaffung von Lieferungs-gemeinschaften, besondere Verpackungsbestimmungen, Kennzeichnungen und sonstige Aufmachung werden in ihrer Art gesetzlich geschützt und werden festgesetzt durch die Körperschaften des öffentlichen Rechts (Landwirtschaftskammern) oder besonders beauftragte Verbände. Allerdings kann die Reichsregierung alle diese „Standard“bezeichnungen abhängig machen von Anforderungen, die sie grundsätzlich an die Gewinnung, Herstellung, Verschaffenheit und weitere Behandlung dieser Lebensmittel zu stellen für notwendig befindet. Dadurch wird das bisherige Selbstverfügungsrecht etwa der Landwirtschaftskammern erheblich eingeschränkt und den Verwaltungsbehörden ein vielleicht allzu weites Betätigungsfeld geöffnet, — aber man kann dem wohl doch zustimmen, weil man dafür eine für den Absatz wertvolle Staatsgarantie erhält.

Der Wert der deutschen Milcherzeugung und ihrer Verarbeitungsprodukte beträgt etwa zwei Milliarden; für weit über 500 Millionen wurden im vergangenen Jahr noch obendrein aus dem Ausland eingeführt. Die Bestimmungen des neuen Milchgesetzes sind also volkswirtschaftlich von größter Wichtigkeit; sicherlich befindet man sich mit ihm auf dem richtigen Wege, nämlich zu dem Ziel einer Rationalisierung auch in der deutschen Landwirtschaft.

28000 Kilometer auf und ab.

Ohne viel Aufhebens ist dieser Tage ein Berliner Beamter nach 35jähriger Dienstzeit in den Ruhestand getreten. Der Oberamtsgehilfe Paul Kroll, der als Fahrstuhlführer im Rathaus 35 Jahre lang tätig war, hat in dieser Zeit mehr als 28000 Kilometer in stetem Auf und Ab zurückgelegt und dabei



etwa sieben Millionen Passagiere (die Einwohnerzahl Belgiens) befördert, darunter König Eduard, japanische Würdenträger und Prominente aller Künste und Wissenschaften. Mehr als zweimal also würde Kroll während seiner Dienstzeit vom Nordpol zum Südpol gefahren sein.

Der Meister mit den Schundpreisen.

Preisunterbietungen im Handwerk.

Die Preisforderungen des Handwerks stützen sich auf Kalkulationen. Der Preis setzt sich zusammen aus Material, Löhnen, Unkosten und Gewinn. Dabei ist es von erheblicher Bedeutung, daß man Material und Löhne als feststehende Faktoren ansprechen kann, wenn auch natürlich Unterschiede bestimmt vorhanden sind. Durch geschickten Einkauf werden sich sicher in manchem Falle noch Vorteile erzielen lassen. Aber — bei Annahme gleicher Qualität werden die Unterschiede nur gering sein, so daß also auch hierdurch große Preisunterschiede am Gesamtpreis nicht zu erklären sind. Hinsichtlich der Löhne verhält es sich nicht anders und für alle Meister desselben Berufes gelten dieselben Löhne — oder besser gesagt — sollten dieselben Löhne gelten!

Es ist heute, darin sind wir uns wohl alle einig, so schreibt die Handwerkszeitung, so schwer wie nie zuvor, als Handwerksmeister ausreichende Aufträge herinzubekommen. Noch schwerer ist es, daß dies auch zu auskömmlichen Preisen geschieht. Der Meister wird also in der Absicht, mit seinen Auftraggebern in möglichst dauernder Verbindung zu bleiben, den Prozentsatz des Verdienstes in seinen Preisforderungen niedriger stellen. Ehrlicher Konkurrenzkampf hat immer bestanden, schon im Mittelalter, und wird nie schwinden. Niemand also wird an diesen Unterschieden etwas zu Beanstandendes finden. Eine niedere Einsetzung des Gewinnprozentsatzes ist es auch nicht, der wir die anormalen und ungesunden Preisunterbietungen der letzten Zeit zuschreiben haben. Alle die erwähnten Momente tragen nur zu einem verschwindenden Teil zu der in Rede stehenden Erscheinung bei, die Hauptursache ist vielmehr die unsinnige Unterschätzung der eigenen Arbeitsleistung und der eigenen Unkosten! Wenn mancher Handwerksmeister genauer rechnen wollte, so würde er sehr bald bemerken, daß er über den Wert seiner eigenen Arbeitsleistung einfach hinweggeht. Die Fälle sind durchaus nicht selten, in denen die Arbeitsleistung des Meisters überhaupt nicht berechnet und bewertet wird, und man kann es fast als Regel ansprechen, daß auch in den Fällen der Berechnung die eigene Arbeit weit geringer angesehen wird als die eines Gesellen.

Es mag eine gewisse Zeit angehen, daß der Meister Sonntagsarbeit und Überstunden umsonst leistet; aber die notwendigen Folgen sind die vorzeitige Zerrüttung der Gesundheit, da ja heute schon ein Handwerksmeister bei weitem nicht die Freizeit hat wie ein Gehilfe, und nicht zuletzt die Zerrüttung des Familienlebens, weil ein solcher Meister für seine Familie, für die er doch letzten Endes arbeitet, überhaupt keine Zeit erübrigen kann. Dann ist eine Geschäftsumstellung ausgeschlossen. Man kennt ihn im Orte nur als den Meister mit den Schundpreisen, dem man eine Änderung seiner Preisbedingungen schwer verüßeln, ja unmöglich machen würde, und schließlich ist er bei seinen findenden Einkünften nicht mehr in der Lage, Gehilfen zu beschäftigen.

Wir müssen wissen, daß die Unkostensätze, die von den Handwerksverbänden den Preisfestsetzungen und Kalkulationen einheitlich zugrunde gelegt werden, durchaus nicht den höchsten Unkostensatz darstellen, der in einem einzelnen Betrieb eines einzelnen Handwerkszweiges errechnet werden kann, sondern einen Durchschnittskosten-satz, der für fast alle Betriebe annähernd Geltung hat, und der meist sogar zu niedrig angesetzt ist. Alle Versuche, viel billiger zu sein als diese Richtlinien, müssen auf die Dauer scheitern. Der Meister, der da behauptet, er könne zu einem Bruchteil arbeiten, kann das nur auf Grund kaufmännischer Unfähigkeit und Vergeßlichkeit. Vergesslichkeit insofern, als er vergißt, eine Abnutzung seiner Werkzeuge und Maschinen zu berechnen, daß er vergißt, Rücklagen für Neuanschaffungen von Maschinen zu machen, und vieles andere mehr. Wenn er dann eines Tages erkannt hat, daß er an sich selbst und an seinen Maschinen und Werkzeugen Raubbau getrieben hat, pflegt es zu spät zu sein, um auf andere Weise zu arbeiten. Aber nicht nur der direkt Betroffene leidet darunter, sondern das Vorhandensein einer größeren Anzahl preisdrückender Handwerksmeister schädigt das ganze Handwerk auf Jahre hinaus.

Wo steht die deutsche Jugend?

Die starke Anteilnahme der Jugend an fast allen Fragen, die heute aufgeworfen werden, und die Bedeutung, die der Jugendpflege von privaten und öffentlichen Körperschaften zugemessen wird, läßt die Frage nach dem Standort der deutschen Jugend als nicht unwesentlich erscheinen. Anlässlich der Ausstellung „Das junge Deutschland“ wurde von dem Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände der Öffentlichkeit eine statistische Untersuchung bekanntgegeben, deren Zahlen in einem Aufsatz der Zeitschrift „Jugendführung“ zusammengefaßt werden.

Der Amtliche Preussische Pressedienst entnimmt dem Aufsatz von Dr. Zimmermann-Köln folgende Tatsachen: Nach der Zählung vom Jahre 1925 beträgt die Zahl der Jugendlichen von 14 bis 21 Jahren rund 9,1 Millionen, das sind 14,5 Prozent der deutschen Gesamtbevölkerung. Hinzu kommen rund 5 Millionen der Jugendlichen im Alter von 21 bis 25 Jahren, das sind zusammen 14 Millionen Jugendliche oder 22,2 Prozent der deutschen Gesamtbevölkerung. Nach der Aufstellung des Reichsausschusses der deutschen Jugendverbände sind von den 9,1 Millionen der Jugendlichen im Alter von 14 bis 21 Jahren 4,1 Millionen organisiert, das sind rund 45 Prozent. Dabei ist hervorzuheben, daß die männlichen Jugendlichen in weit höherem Maße den Jugendverbänden angehören als die weiblichen Jugendlichen. Von den 4,6 Millionen männlichen Jugendlichen sind rund 54 Prozent, von den 4,5 Millionen weiblichen Jugendlichen 26 Prozent organisiert. Die Jugend im Alter von 21 bis 25 Jahren hat nicht mehr dasselbe Interesse an den Organisationen wie in den vorhergehenden Lebensjahren. Von ihnen sind nur etwa 28 Prozent in den Organisationen zusammengefaßt. Die im Alter von 14 bis 25 Jahren stehenden 5,5 Millionen organisierten deutschen Jugendlichen verteilen sich auf folgende Jugendverbände:

16 evangelische Jugendverbände 638 600 Mitglieder, 11 katholische Jugendverbände 1 418 109, 6 jüdische Jugendverbände 5 150, 2 sozialistische Jugendverbände 57 600, 2 parteipolitische Jugendverbände 50 850, 14 freie Bünde der Jugendbewegung 38 150, 9 berufständische Jugendverbände 849 900, 5 Jugendverbände für Leibesübungen 1 900 691, 9 sonstige Jugendverbände 557 150; zusammen 74 Jugendverbände mit insgesamt 5 516 200 Mitgliedern.